



Steel in Motion

Zuversicht trotz erhöhter Risiken

Prof. Dr.-Ing. Dieter Ameling
Vorsitzender Stahlinstitut VDEh
Präsident Wirtschaftsvereinigung Stahl

Pressegespräch
anlässlich der 12. Handelsblatt Jahrestagung
„Stahlmarkt 2008“
4. März 2008, Hilton Düsseldorf

I. Internationale Stahlmärkte – Dynamik bleibt hoch

(Bild 2: Gliederung)

Steel in Motion. Die internationalen Stahlmärkte sind in Bewegung. Vor einem Jahr waren die Prognosen deutlich klarer. Die konjunkturelle Großwetterlage war frühlingshaft. Viele Indikatoren wiesen auf Wachstum hin. (Bild 3: Weltstahlerzeugung) Diese Erwartungen haben sich bestätigt. Die globale Stahlindustrie erlebte **2007 ein Rekordjahr**, wie noch nie zuvor in ihrer Geschichte. Mit einer Rohstahlproduktion von 1,34 Milliarden Tonnen wurde zum fünften Mal in Folge ein Wachstum von über 7 Prozent erreicht. Der Werkstoff Stahl ist gefragter denn je.

Das Erfreulichste daran ist: Das Stahlwachstum wurde nicht allein von den Schwellenländern getragen. Zwar sind vor allem China, Indien, Brasilien und Russland die Wachstumstreiber, aber auch die übrigen Weltregionen expandierten mit hoher Dynamik. Ausnahme dabei: die USA.

(Bild 4: Rohstahlerzeugung)

Auch die Stahlindustrie in Deutschland erlebte 2007 ein Rekordjahr, dem exporthemmenden Höhenflug des Euro zum Trotz: Beim Umsatz wurde zum ersten Mal die Schallgrenze von 45 Milliarden Euro durchbrochen, bei der **Rohstahlproduktion mit 48,6 Millionen Tonnen** ein neuer gesamtdeutscher Rekord erzielt. Die Produktionskapazitäten waren nahezu voll ausgelastet. Vor allem die stahlverarbeitende Industrie zeigte mit einem Plus von 5,6 Prozent die stärksten Zuwächse seit der Wiedervereinigung. Sie bildeten damit eine solide Basis für die Stahlnachfrage. Zum ersten Mal überhaupt nahm die Produktion der Stahlverarbeiter zwei Jahre in Folge um über 5 Prozent zu.

Heute hat sich die Situation verändert. Seit dem Jahreswechsel ziehen Wolken am Stahlhorizont auf. Dazu zwei Anmerkungen:

- Erstens ist die **gesamtwirtschaftliche Großwetterlage** eingetrübt: Das Schreckgespenst einer drohenden Rezession geht in den USA um. Drastische

Zinssenkungen der amerikanischen Zentralbanken unterstreichen diese Einschätzung. Wichtige weltwirtschaftliche Frühindikatoren weisen auf eine konjunkturelle Verlangsamung hin. Hinzu kommt, dass die Rohstoffpreise, wie etwa beim Öl, schwindelerregende Dimensionen erreicht haben. Auch der Euro hat seinen Höhenflug gegenüber dem Dollar fortgesetzt und lag im Januar im Monatsdurchschnitt 13 Prozent über seinem Vorjahreswert. Er hat inzwischen die Schallmauer von 1,50 \$ durchbrochen. Mit Blick auf diese Entwicklungen hat der internationale Währungsfond seine Wachstumsprognose für die Weltwirtschaft auf 4,1 Prozent heruntergeschraubt.

Auch für **Deutschland** wurden die Prognosen für das Bruttoinlandsprodukt in den letzten Wochen deutlich nach unten korrigiert. Die Wachstumsvorhersage der Bundesregierung für 2008 liegt nur noch bei 1,7 Prozent.

- Zweitens haben die chinesischen Stahlhersteller ihren Ausbau der Rohstahlkapazität massiv fortgesetzt. (Bild 5: China-Exporte) Die Folgen spüren wir zunehmend am **wachsenden Außenhandel Chinas**. Die Stahlexporte vom Reich der Mitte in die EU haben 2007 ein bisher nicht gekanntes Niveau erreicht. Lagen die Lieferungen an Walzstahlfertigerzeugnissen in 2003 noch bei 408.000 Tonnen, wurde der EU-Stahlmarkt 2007 mit rund 10 Millionen Tonnen überschwemmt. Zwar gingen die Importe Chinas bei einigen Stahlprodukten in den letzten Monaten wieder zurück, was nicht zuletzt auf die Maßnahmen der chinesischen Regierung zur Eindämmung der Exporte zurückzuführen ist. Dennoch sehen wir uns zunehmend einem Verdrängungswettbewerb mit gedumpten bzw. subventionierten Produkten ausgesetzt.

Wir haben **Antidumping-Verfahren** gegen unfaire Stahllieferungen aus China angestrengt. Erste Ergebnisse einer kürzlich von der EU-Stahlindustrie in Auftrag gegebenen Studie unterstreichen dabei unsere Vorwürfe: So zeigt sich deutlich die staatliche Einflussnahme der chinesischen Regierung im Bereich der Stahlindustrie. (Bild 6: Taube Studie). Angesichts der besorgniserregenden Entwicklungen irritiert es, wie vereinzelt darauf reagiert wird. Es gibt Stimmen, die sich beklagen, dass unsere Dumpingvorwürfe ungerechtfertigt seien. Die Kritik wundert mich. So geht

z.B. die europäische stahlverarbeitende Industrie ihrerseits seit geraumer Zeit mit Verfahren gegen unfaire Einfuhren aus China vor.

Dazu nur soviel: Uns fiel dieser Schritt nicht leicht. Die Stahlindustrie in Deutschland und Europa setzt sich stets für einen freien und offenen Weltmarkt ein. Alle Bemühungen der Europäischen Kommission, eine politische Lösung vor allem mit China zu finden, sind gescheitert. Antidumping-Maßnahmen sind ein **Instrument zur Wiederherstellung fairer Handelspraktiken**. Es geht also nicht um eine Abschottung des EU-Marktes vor diesen Einfuhren.

Was können wir für den weiteren Verlauf des Jahres erwarten? Werden die Stahlmärkte ihren Aufwärtstrend weiter fortsetzen?

(Bild 7: Auftragseingänge Stahlverarbeiter) Die Stahlindustrie in Deutschland kann zuversichtlich in die Zukunft blicken. Ungeachtet des etwas schwächeren vierten Quartals und der veränderten gesamtwirtschaftlichen Großwetterlage sind die **stahlverarbeitenden Industrien** nach wie vor eine sichere Grundlage für weiteres Stahlwachstum. Bei nahezu allen Stahlverarbeitern zeigte sich zuletzt eine hohe Steigerung der Neuaufträge. So nahm das Bestellvolumen im Herbst im Vergleich zum Vorjahresquartal um stattliche 20 Prozent zu. Im Jahresdurchschnitt 2008 ist weiterhin mit einem Plus von gut 3 Prozent zu rechnen. Das Wachstum fällt somit gegenüber den beiden Vorjahren zurück, bleibt aber im längerfristigen Vergleich kräftig.

Insgesamt dürfte die **Rohstahlproduktion** 2008 mit 48,5 Millionen Tonnen auf derselben Höhe wie 2007 bleiben. Die Kapazitätsauslastung liegt auf allerhöchstem Niveau. Damit wird zum dritten Jahr in Folge fast eine Vollausslastung unserer Kapazitäten erreicht.

II. Rohstoffe bleiben knapp und teuer

(Bild 8: Gliederung)

eine dunkle Wolke am Stahlhorizont ist allerdings die aktuelle Entwicklung bei den **Rohstoffen**. Auch hier sind die Märkte deutlich in Bewegung geraten.

(Bild 9: CRU-Index) So zeichnen sich einmal mehr extreme Kostensteigerungen bei der Stahlerzeugung ab, die alleine aus dem kräftigen Preisschub bei den Rohstoffen resultieren. Dieser stellt sowohl für die Stahlindustrie als auch für die **Partner in der Wertschöpfungskette** eine große Belastung dar. Lag vor zehn Jahren der Anteil der Rohstoffkosten an den Produktionskosten von Walzstahl noch bei 65 Prozent, betrug er im letzten Jahr bereits fast 80 Prozent – Tendenz steigend.

Bei den Verhandlungen über die Jahreskontrakte 2008 für unseren wichtigsten Rohstoff Eisenerz sind Abschlüsse bekannt geworden. Die Preissteigerungen für Feinerz von 66 % sind umso bedenklicher, blickt man auf den gewaltigen Konzentrationsprozess im Bergbausektor (Bild 10: Duopol) – besonders die mögliche **Übernahme von Rio Tinto durch BHP Billiton**. Mit einem Zusammengehen der beiden Großanbieter würden zusammen mit Vale ca. 70 % des Welt-Handelsmarktes bei Eisenerz von zwei dominierenden Anbietergruppen kontrolliert. Damit würde sich der Preisdruck auf unsere Industrie weiter erhöhen.

Was ist nun zu tun? (Bild 11: Fusionskontrollverordnung) Die EU kann mit Hilfe der so genannten **Fusionskontrollverordnung** gegen das Vorhaben einschreiten, wenn bestimmte Umsatzkriterien der fusionierenden Unternehmen in der EU gegeben sind. Diese werden deutlich erfüllt. Die Stahlindustrie in Europa hat in Brüssel einen Antrag zur Einleitung einer Untersuchung gestellt. Wir sind zuversichtlich, dass sich die Europäische Union dieses Problems annehmen wird.

Ähnlich schwierig wie beim Eisenerz ist die aktuelle Lage auf dem **internationalen Markt für Koks-kohle**. (Bild 12: Preise Erz und Kohle) In relativ kurzer Zeit hat sich auf der Angebotsseite die Situation verschärft: Überflutete Minenbetriebe im australischen Queensland, heftige Schneestürme in China, der Zusammenbruch der Energieversorgung in Südafrika und erhebliche Störungen in der Logistik in Australien und Russland schränken aktuell die Verfügbarkeit von Koks-kohle deutlich ein.

Auf der **Nachfrageseite** ist der Trend weiterhin stark nach oben gerichtet. Vor allem die boomende Nachfrage in Indien zeigt bisher keinerlei Abschwächung. Angesichts der erheblichen Ausfälle bei den Kontrakt-Lieferungen sind zahlreiche Verbraucher in

Asien (etwa die japanischen Stahlhersteller) gezwungen, sich verstärkt auf dem ohnehin sehr engen und „überstrapazierten“ Spotmarkt einzudecken.

Die **Auswirkungen für die anstehenden Verhandlungen** über die Jahreskontrakte 2008 dürften erheblich sein. Wie sich diese Entwicklungen tatsächlich in den Kokskohlepreisen widerspiegeln werden, wird sich in Kürze bei den Kontraktpreisen für 2008 zeigen.

(Bild 13: Rohstoffpreise)

Auch in anderen Bereichen, wie z.B. bei den **Legierungsmetallen**, ist derzeit eine ähnliche Entwicklung zu beobachten wie bei den Basisrohstoffen. Auf nahezu allen Märkten sind explodierende Preise und akute Versorgungsengpässe zu beobachten. Auch der **Stahlschrott** macht im Gesamtszenario keine Ausnahme; die Preise liegen derzeit etwa 40 – 50 €/t über dem entsprechenden Vorjahresniveau.

Kurz gesagt: Rohstoffe bleiben auch 2008 äußerst knapp und teuer!

Für die materialintensive Stahlproduktion ist eine sichere und kostengünstige Rohstoffversorgung eine Grundvoraussetzung. Umso bedenklicher ist, dass in den letzten beiden Jahren die **Handelshemmnisse im Rohstoffbereich** in einem nicht gekannten Ausmaß zunahmen. So hat sich ein dynamischer Prozess in Gang gesetzt: Ich sehe mit Besorgnis, dass viele bedeutende Rohstoffländer ihre heimischen Märkte abschotten - ein generell weiter fortschreitender ‚Rohstoffprotektionismus‘.

Unsere Erfahrungen zeigen mir: Eine wirksame Bekämpfung der Versorgungsrisiken kann weniger durch nationale Alleingänge, sondern nur durch ein **entschlossenes politisches Vorgehen** auf europäischer oder internationaler Ebene erfolgen. Deswegen fordern wir immer dann ein Eingreifen durch die Politik, wenn marktwirtschaftliche Regeln außer Kraft gesetzt werden und der freie und faire Wettbewerb beschränkt oder verzerrt wird.

III. Die Energie- und Klimapolitik der EU vertreibt die Industrie aus Europa

(Bild 14: Gliederung)

Das war mein Bericht zum wirtschaftlichen Umfeld unserer Branche. Trotz erhöhter konjunktureller Risiken und explodierender Rohstoffpreise können wir positiv in die Zukunft blicken. Allerdings sind es nicht allein die wirtschaftlichen Faktoren, die über den Erfolg unserer Industrie entscheiden. Wir benötigen eine **Politik, die uns den Rücken freihält**, anstatt uns zunehmend neue Lasten aufzubürden. Wir brauchen eine Politik, die nötige Reformen anpackt, anstatt populistische Schnellschüsse zu betreiben. Vor allem muss sich die Politik der Folgen ihrer Maßnahmen bewusst sein.

(Bild 15: Pläne EU Kommission)

Am **23. Januar 2008** stellte die Europäische Kommission ihr Paket zur Energie- und Klimapolitik vor. Für den Industriestandort Europa sind die Vorschläge eine große Belastung, für die energieintensive Industrie in Deutschland sind sie existenzbedrohend.

Zusätzlich zu den aufgeführten Zielen für die Energie- und Klimapolitik wurde uns eröffnet, wie die Kommission den **Emissionshandel nach der zweiten Handelsperiode** gestalten will. (Bild 16: Versteigerungen)

Die größte Gefahr sehe ich in der geplanten **Versteigerung der CO₂-Zertifikate**, die bislang kostenlos zugeteilt wurden. Für das produzierende Gewerbe ist der stufenweise Einstieg in die Versteigerung geplant – also auch für die Stahlindustrie. Ab 2020 soll es keine kostenlose Zuteilung mehr geben. Dies wäre der Todesstoß für den Industriestandort in Deutschland und Europa. Unsere Berechnungen ergaben **Zusatzkosten von 2,3 Milliarden Euro allein für die integrierten Hüttenwerke in Deutschland**. Eine Abwanderung der Grundstoffindustrien aus Europa wäre unvermeidlich.

(Bild 17: Energieintensive Branchen)

Zwar hat die EU die Gefahr für **Branchen im internationalen Wettbewerb** erkannt und möchte diese von der Versteigerung befreien. Welche Industrien dazu zählen

werden, ist aber bislang völlig ungeklärt. Die Entscheidung will sie erst 2010 fällen und danach immer wieder neu im Abstand von drei Jahren. Zu welchem Zweck frage ich. Im Zeitalter der Globalisierung sind die Industrien mit Ausnahme der Stromwirtschaft dem internationalen Wettbewerb unterworfen. Dieses Vorgehen nähme der Stahlindustrie sämtliche Sicherheiten bei Investitionen. Die unmittelbare Folge wäre ein Investitionsstopp und gleichzeitig der Beginn der Wettbewerbsunfähigkeit.

Die energieintensiven Industrien sollen zudem nur dann von einer Versteigerung verschont werden, wenn die anderen Unterzeichner des Kyoto-Protokolls keine kostenträchtigen Maßnahmen zur CO₂-Reduktion einführen. Selbst wenn es zu einem **internationalen Abkommen** käme, ist nicht zu erwarten, dass dieses so rigoros ist, wie der Emissionshandel in der EU. Nur durch ein formales Abkommen darf dieses Kriterium nicht als erfüllt angesehen werden. Zudem ist es eine Illusion zu glauben, dass sich unsere Stahlwettbewerber in China oder Indien nach 2012 einem ähnlich strengen Emissionshandelssystem unterwerfen. Es ist nicht nachvollziehbar, warum sich die EU-Kommission vor einer klaren und sofortigen Entscheidung drückt. Die Stahlindustrie braucht Planungssicherheit.

Man hat den Eindruck, die Europäische Kommission betreibt unter dem **Deckmantel der Energie- und Klimapolitik** eine Anti-Industriepolitik. Ein Beispiel ist die Verschiebung des Referenzjahres für die Klimaziele von 1990 auf 2005. (Bild 18: Referenzjahr) Staaten werden bevorzugt, die bisher nur wenige Emissionsminderungen erreicht haben. Spanien und Italien haben ihre Emissionen sogar erhöht. Die frühzeitigen Minderungen insbesondere Deutschlands werden nicht berücksichtigt. Damit werden die bisherigen Burden-sharing-Ziele hinfällig. Die bisherigen Leistungen in Deutschland und Großbritannien werden so sozialisiert.

(Bild 19: Strompreise) Als energieintensive Industrie ist die sichere und kostengünstige Versorgung mit Strom Grundvoraussetzung für internationale Wettbewerbsfähigkeit. Eine Lösung für die Problematik der **gestiegenen Strompreise** bietet die EU weiterhin nicht an. Die Energiebranche soll bereits ab 2013 alle Emissionszertifikate vollständig ersteigern. Wie gewohnt werden die Kosten an uns Kunden weitergegeben. Das

bedeutet für unsere Branche eine doppelte Belastung durch den Emissionshandel. Das können wir nicht akzeptieren.

(Bilder 20 + 21: Ressourceneffizienz) Wir als Stahlindustrie haben in Sachen Energie- und **Ressourceneffizienz** viel zu bieten. Wir können selbstbewusst auftreten und unsere Leistungen auch offen vortragen. Wir haben die Lösungen für die Fragen von morgen, nach denen die Politik sucht. Wir sagen: Der Stahl ist nicht das Problem, sondern die Lösung. Die hohe Funktionalität gibt dem Werkstoff seinen höheren Wert in der Anwendung, um Umweltschutz und Wohlstandswachstum zu verbinden. Hochleistungsstähle tragen dazu bei, z.B. Fahrzeuge leichter zu machen und Kraftwerke effizienter.

IV. Fazit

(Bild 22: Fazit)

Unsere Branche kann zuversichtlich in die Zukunft blicken. Allerdings sind die internationalen Stahlmärkte deutlich in Bewegung geraten. Die konjunkturellen Risiken haben sich erhöht. Wir stehen dabei vor großen Herausforderungen. Für uns ist eine Politik wichtig, die uns den Rücken freihält, anstatt uns zunehmend Lasten aufzubürden. Unsere trotz hoher Arbeitskosten hart erarbeitete Wettbewerbsfähigkeit darf nicht aufs Spiel gesetzt werden. Die Vorschläge zur Energie- und Klimapolitik der Kommission sind für die Stahlindustrie und die energieintensiven Branchen existenzgefährdend. Ohne eine wettbewerbsfähige Stahlerzeugung ist die gesamte industrielle Wertschöpfungskette in Deutschland gefährdet.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!